

den Rest pleite gehen könnten. Praktiker hatten jedoch davor gewarnt, dass es Banken dennoch gelingen könnte, die Risiken buchhalterisch miteinander zu mischen.

Als Konsequenz wird die britische Notenbank nun den Auftrag erhalten, die Abgrenzung der Risiken auf fortlaufender Basis zu kontrollieren und bei

Deutschland bislang – ähnlich wie Frankreich und die USA – Banken dazu zwingen, ihren Eigenhandel, also Geschäfte, bei denen Risiken mit eigenem Geld eingegangen werden, auszulagern.

Nach dem am Mittwoch auf den Weg gebrachten Gesetzesentwurf wären davon etwa ein

Reaktion auf den Regierungsentwurf. Man müsse sich das Gesetz jedoch noch im Detail ansehen.

Die schwarz-gelbe Koalition hat auch die Möglichkeit ins Spiel gebracht, dass Bankenchefs, die durch riskante Geschäfte ihr Institut in Gefahr bringen, Haftstrafen drohen

tiert Osborne. Tatsächlich hat der britische Steuerzahler den beiden Großbanken RBS und Lloyds mit 60 Milliarden Pfund beibringen müssen. Inklusive Garantien und Versicherungen belaufen sich die öffentlichen Gelder für die Stützung britischer Banken auf mehr als 1000 Milliarden Pfund.

Bei Sparkonten von Auslandsbanken droht Totalverlust

Gerichtsurteil. Staaten müssen Anleger aus anderen Ländern bei Bankenpleiten nicht entschädigen.

Richard Haimann

Anleger laufen mit Spareinlagen bei ausländischen Banken grundsätzlich Gefahr, einen Totalverlust zu erleiden. Das ist das Fazit eines neuen Urteils des Gerichtshofs der europäischen Freihandelszone Efta. Die für europäisches Gemeinschaftsrecht zuständigen Richter in Luxemburg sprachen jetzt den isländischen Staat davon frei, ausländische Sparer für ihre Verluste zu entschädigen, die sie durch die Insolvenz der Banken des Inselstaats im Jahr 2008 erlitten hatten.

Die isländischen Banken Glitnir, Kaupthing, Landsbanki und deren Online-Tochter Icesave hatten vor der Finanzkrise massiv expandiert. Mit hohen Zinsversprechungen von mehr als 5,5 Prozent hatten sie dabei in Deutschland und anderen europäischen Staaten um Kunden gebuhlt. Allein in Deutschland standen nach Berechnungen des Verbraucherzen-

trale Bundesverbands (VZBV) 308 Millionen Euro an Spareinlagen im Feuer, als die Institute vor vierinhalb Jahren zusammenbrachen.

Wie viele andere in Deutschland agierenden ausländischen Banken waren auch die Institute Islands nicht Mitglied im deutschen Einlagensicherungsfonds. Der isländische Bankengarantiefonds „Tryggingarsjósur“, der ohnehin nur Einlagen bis zu 20 887 Euro garantierte, war zu schwach kapitalisiert, um die Sparer zu entschädigen.

Schließlich sprangen Deutschland, Großbritannien und die Niederlande den geschädigten Sparern mit Steuergeldern oder Garantien zur Hilfe. London und Den Haag forderten anschließend das Geld von Reykjavik zurück. Islands Regierung weigerte sich jedoch und obsiegte nun vor dem Efta-Gerichtshof.

Das Urteil hat weitreichende Konsequenzen für Anleger, deren Spareinlagen nicht dem

deutschen Einlagensicherungsfonds angehören. „Gehen diese Banken insolvent, haben die Sparer keinen Anspruch auf Entschädigung“, sagt Peter Mattil, Fachanwalt für Kapitalanleger. „Sicherheitsorientierte Anleger sollten ihr Geld deshalb nur zu deutschen Instituten tragen.“

Die gesetzliche Einlagensicherung garantiert in Deutschland Guthaben bis zu 100 000 Euro. Darüber hinaus sind Einlagen bei Sparkassen, Landesbanken und Landesbausparkassen über den Haftungsverband der Sparkassen-Finanzgruppe in unbegrenzter Höhe geschützt. Seit Bestehen des Haftungsverbands hat noch nie ein Kunde eines Mitgliedsinstituts einen Verlust seiner Einlagen erlitten.

Verbraucherschützer hatten frühzeitig vor Anlagen bei isländischen Banken gewarnt. „Bei den Angeboten ist Vorsicht angebracht“, sagte der damalige Kapitalmarktexperte der Ver-



Andrang herrschte bei der Ljubljanska Banka, die Sparkonten mit bis zu zehn Prozent verzinste. Dann ging die Bank pleite, und das Geld war weg. Foto: dpa

braucherzentrale Berlin, Peter Lischke, bereits im Sommer 2008. „Die Institute bieten nur deshalb so hohe Zinsen, weil sie Probleme haben, sich am Kapitalmarkt zu refinanzieren.“

Ihr Geld verloren haben auch rund 300 000 deutsche Sparer, die bei der Ljubljanska Banka Sparkonten zu Zinssätzen von bis zu zehn Prozent eingerichtet hatten. Die Bank ist insolvent.

Der slowenische Staat hat ihre Vermögenswerte auf die Nova Ljubljanska Banka übertragen. „Diese sieht sich aber nicht als Rechtsnachfolgerin und weigert sich, die Guthaben auszu-

zahlen“, sagt Anwalt Mattil. Das Beispiel zeige, dass Anleger auch bei Banken aus anderen EU-Staaten nicht auf die Sicherheit ihrer Einlagen vertrauen könnten.

agement.

Sparkasse KölnBonn erneut vorn. Beim Wettbewerb um die besten Banking-Websites sind gleich vier Sparkassen Spitze.

